

Maßstab oder Marketing ?

Werte als Grundlage politischen Interessenausgleichs

~ ~ ~

von Johannes Urban

Eines hat sich seit der Ablösung der „rot-grünen“ durch eine „große“ Koalition nicht geändert: Nach langen Jahren ökonomischer Erosion und politischer Stagnation steht Deutschland vor der größten Herausforderung seit Überwindung der staatlichen Teilung. Zwar tragen deren Folgen zur Verschärfung der gegenwärtigen Krise bei. Massenarbeitslosigkeit, Überbürokratisierung, Kollabieren öffentlicher Haushalte und Sozialsysteme, Produktionsverlagerung, Kinderarmut und „Brain Drain“ haben jedoch tiefere Ursachen. Dass diese Krisenerscheinungen ein Ausmaß erreichten, an dem nach der Regierung Kohl nun auch die Gerhard Schröders scheiterte, ist nicht ohne dramatische Fehlentscheidungen der Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erklären. Vor allem Schröders Politik litt – das sehen selbst Kritiker aus den eigenen Reihen so – an Orientierungslosigkeit. Er handle nicht nach Konzept, sondern Instinkt meinte etwa der ehemalige Bundesminister Volker Hauff (SPD). Die „rot-grüne“ Koalition habe kaum darüber diskutiert, welchen Werten ihre Politik dienen solle – was Hauff auf den „Hedonismus der Generation Schröders und Fischers“ zurückführte.¹

Dabei hatte der Kanzler seine „Agenda 2010“ doch bewusst als notwendig zur Bewahrung sozialer Werte begründet. Auf Franz Münterferings Attacke gegen einen asozialen Heuschrecken-Kapitalismus folgte ein Wertewahlkampf, in dem die Sozialdemokratie sich als sozial inszenierte und die Unionsparteien als Bannerträger einer „Politik der sozialen Kälte“ diffamierte.² Wie also steht es um Werte in unserer Republik? Dienen sie lediglich als populistisches Marketing-Instrument – oder doch als Maßstab gemeinwohlorientierter Politik? Und: Welchen Beitrag kann wertorientierte Politik leisten, um die Krise unseres Gemeinwesens zu überwinden?

Verdrängung oder Konkurrenz?

Vordergründig erscheinen diese Fragen als naiv, bestenfalls als irrelevant. Denn während die Politik in Anspruch nimmt, für politische Ideale einzustehen, nehmen viele Menschen eine Verdrängung der Werte wahr. Dies gilt für politische Entscheidungen ebenso wie für das Verhalten, das mancher Entscheidungsträger an den Tag legt. Kaum jemand versteht, warum Politiker wie z.B. Laurenz Meyer trotz nachgewiesener Vorteilsannahme kein Unrechtsbewusstsein plagt. Es ist schwerlich akzeptabel, dass ein Minister wie Joschka Fischer rhetorisch für schwerwiegende Missstände „die Verantwortung übernehmen“, zugleich jedoch ungescholten einen Rücktritt verweigern kann. Was die Substanz politischer Entscheidungen betrifft, bleibt vielen Bürgern verborgen, welchen Werten eine Politik folgt, die sie immer weiter belastet – ohne dass daraus eine Perspektive für die Zukunft erkennbar würde. Doch auch in der Bevölkerung scheinen Wertorientierungen immer weniger zu tragen. Quer durch alle Schichten machen sich Egoismus und Opportunismus breit. Der Werbeslogan „Geiz ist geil!“ avancierte zum Symbol einer weitverbreiteten Raffke-Mentalität. Nicht nur „Großkopferte“ bedienen sich ungeniert öffentlicher Pfründe und Subventionen; Verteilungskämpfe werden zunehmend aggressiv und ohne Blick für das Machbare ausgefochten – wie zuletzt in diversen Tarifkonflikten zu beobachten. Zugleich nimmt die Bereitschaft aller Marktakteure ab, in die eigene Zukunft oder die des Standorts zu investieren. Es kommt zur Verdrängung der Werte, im politischen wie im gesellschaftlichen Miteinander.

Unbestritten indes steht die „Berliner Republik“ auf der Grundlage eines durchdachten Rechts- und Wertesystems. Es war ein Ver-

dienst, kein Versagen ihrer Architekten, das geeinte Deutschland auf dem Grundgesetz zu errichten. Die politischen Eliten unseres Landes gestalten diese Ordnung aus, indem sie miteinander und im Namen der Werte, auf die sich ihre politische Weltanschauung beruft, in Konkurrenz treten. Dabei geht es oft um grundsätzliche Fragen: Mehr Markt oder mehr Staat? Mehr Kapitalismus oder mehr Sozialismus? Mehr Freiheit oder mehr Sicherheit? Politik für Minderheiten oder für die Gesellschaft als Ganzes? Jeder dieser Fragen liegt die Konkurrenz essentieller Werte und Interessen zugrunde; sie zu einem gerechten Ausgleich zu bringen ist Aufgabe und Herausforderung demokratischer Politik.

Fundament oder Leitstern?

Den Akteuren indes gelingt es kaum, die Wertorientierung ihrer Politik glaubwürdig zu vermitteln. Während jede der im Bundestag vertretenen politischen Kräfte sich auf ein Fundament demokratischer Werte gründet – und dabei einer christlichen, sozialen, liberalen oder ökologischen Weltanschauung Vorrang gibt – stellt sich oft die Frage, inwieweit ihre praktische Politik auch von jener Orientierung geleitet wird. Sind Werte wirklich der Leitstern politischen Handelns, oder doch nur brüchiges Fundament?

Hart trifft diese Frage den, der regiert. So musste sich die CDU Helmut Kohls einst von Oppositionsführer Rudolf Scharping vorhalten lassen, sie vernachlässige die Schaffung von Arbeitsplätzen und handle unsozial.³ Parteiinterne Kritiker verschiedener Strömungen konnten nicht erkennen, dass Kohl dem eigenen Anspruch einer „geistig-moralischen Wende“ gerecht geworden sei. Zu zaghaft waren den einen die wirtschaftspolitischen Reformen, zu uneingelöst den anderen das Versprechen einer Rückbesinnung auf christliche Werte und Prinzipien. Der Nachfolger Kohls indes wollte „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen. Gemeint war eine als „Neue Mitte“ etikettierte Politik der Bewahrung des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells – und damit eines primär auf politischen und sozialen Interessenausgleich ausgerichteten Demokratiemodells.

Polarisierung durch Klientelisierung

Wurde das „rot-grüne Reformprojekt“ diesem Anspruch gerecht? Von Beginn an tat sich Schröders Regierung schwer, ein kohärentes und den ökonomischen Herausforderungen gerecht werdendes Programm zu entwickeln. Die Koalition erlebte ein schweres erstes Jahr, nicht zuletzt weil sie von Beginn an Klientelinteressen bediente. Wichtigste Profiteure waren zunächst die Gewerkschaften und diverse Öko-Verbände. „Rot-grün“ nahm umgehend die ohnehin unzureichenden Wirtschafts- und Sozialreformen der Regierung Kohl zurück. Wenig später weitete die Koalition das Mitbestimmungsrecht aus und zwang die Wirtschaft zum Ausstieg aus der Kernenergie. Konnte die Rücknahme von Kohls Reformen noch als Politik im Dienste sozialer Werte interpretiert werden, diente das erweiterte Mitbestimmungsrecht allein dazu, die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Der Atomausstieg entsprach ökologischen Wertvorstellungen, die sozialen Folgen absehbarer Energiepreiserhöhungen dagegen wurden unter den Tisch gekehrt. Allen Projekten gemein war ihre schädliche Wirkung für das Wirtschaftswachstum: Sie führten zwangsläufig zu höheren Lohnnebenkosten und Lohnstückkosten, bürokratisierten betriebliche Abläufe und verschlechterten das Investitionsklima nachhaltig.

Um diesen Effekten entgegen zu wirken, sollte zunächst eine „Ökosteuer“ helfen, die Lohnnebenkosten zu senken. Theoretisch – also ohne den Kontext konkurrierender Volkswirtschaften und steigender Rohstoffpreise – eine gute Idee, verschärfte sie die Lage noch. Auf Druck der Wirtschaft rang sich Schröders Koalition deshalb zu einer Steuerreform durch, die Unternehmen für all die Belastungen kompensieren sollte, die „rot-grün“ zuvor erst geschaffen hatte. Nach Gewerkschaften und Öko-Verbänden entdeckte Schröder nun den dritten wichtigen Klienten seiner Amtszeit: die Großunternehmen. Vom Zuschnitt der ersten Steuerreform profitierten ausschließlich sie, obwohl doch vor allem kleinere mittelständische Unternehmen durch die rot-grüne Klientelpolitik belastet worden waren. Großunternehmen konnten die Möglichkeiten internationalen Wirtschaftens nutzen, um die Folgen zu dämpf-

en. Mittelständler dagegen taten sich schwer. Sie mussten sich internationalisieren und spezialisieren – meist verbunden mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland. Die Folge: massenhafte Insolvenzen, mehr Arbeitslose als je zuvor, Maastricht-widrige Haushaltsdefizite.

Wie wenig diese Politik den sozialen Werten diene, für deren Bewahrung die SPD 1998 angetreten war, zeigten die Sozialreformen der zweiten Legislatur. Sie wurden notwendig, weil die ökonomische Krise – über deren Ausmaß Schröder die Bevölkerung lange täuschte – das soziale System Bundesrepublik bedrohte. Umso tiefer schnitten „Hartz I bis IV“ und der Gesundheitskompromiss in die Ansprüche aller Menschen ein, als deren Anwalt sich die Sozialdemokratie begreift: Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose, Schwache und Kranke. Die Klientelisierung politischer Entscheidungen zog so im Ergebnis eine Polarisierung von Politik und Gesellschaft nach sich. Daraus folgte ein epochaler Verlust an Glaubwürdigkeit und Wählervertrauen, der schließlich zu einer vorzeitigen Bundestagswahl, zur Abspaltung eines Teils der SPD und dem Einzug einer linkspopulistischen „Sozialpartei“ in den Deutschen Bundestag führte. Was also bleibt als Ergebnis der Amtszeit Gerhard Schröders festzuhalten? Statt der versprochenen Stabilisierung der „sozialen Demokratie“ der Bundesrepublik sind deren Grundlagen in den vergangenen sieben Jahren noch weiter erodiert. Keiner der vielen Reparaturversuche vermochte es, die beschriebenen Krisenerscheinungen zu beseitigen, oder auch nur abzumildern. Die Bevölkerung ist so gespalten und verunsichert wie noch nie seit der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Nicht einmal zu Hochzeiten des „Kalten Krieges“ bekamen Familien weniger Kinder als heute, hatten mehr Menschen Angst um ihre persönliche Zukunft.

Kann Politik gestalten?

Es wäre zu kurz gesprungen, all dies der gescheiterten „rot-grünen“ Bundesregierung anzulasten. Vielmehr stellt sich die Frage, ob nicht die deutsche Politik insgesamt ihre Fähigkeit eingebüßt hat, die Lebensbedingungen der Bevölkerung positiv zu verändern. Kenichi Ohmaes These vom „Ende staatlicher Souveränität“⁴ ü-

berschätzt indes die offenkundige Erosion staatlicher Gestaltungsfähigkeit. Dass der ‚Primat der Politik‘ in modifizierter Weise fortbesteht, zeigen nicht nur die Ereignisse des 11. September 2001 und ihre Folgen; frappierende Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Entwicklung vergleichbarer westlicher Industriestaaten, z.B. von Großbritannien unter ‚New Labour‘, weisen deutlich auf bestehende und zu nutzende Handlungsspielräume hin. In der Abwehr von Gefahren wie im Erschließen von Zukunftschancen führen die veränderten Rahmenbedingungen offenkundig zu einer neuen Komplexität des Regierens. Mehr als zu Zeiten bipolarer ‚Stabilität‘ kommt es darauf an, dass Politiker nicht nur rasch auf Herausforderungen *reagieren*, sondern im komplexen globalen System als vorausschauend gestaltende Kräfte *agieren* – etwa indem sie die Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes fördern, Ressourcen sichern oder neue Märkte erschließen.

Die Institutionen der deutschen Demokratie scheinen indes denkbar schlecht auf diese Aufgabe eingestellt. Sie dienen als Wähler einer auf möglichst breite Verteilung und Kontrolle von Macht zielenden Staatsphilosophie. In ihnen ringen Funktionsträger um den Ausgleich konkurrierender Rechtsgüter, Werte und Interessen. Die möglichst präzise Würdigung des Einzelfalls (output) und die Beteiligung möglichst vieler Entscheidungsebenen und Interessengruppen (input) gehen oft zu Lasten der Klarheit, Konsequenz, Nachvollziehbarkeit und Schnelligkeit staatlicher Entscheidungen. Ob in der Politik oder der Verwaltung, bei der Genehmigung von Produktionsstätten oder dem Bau wichtiger Verkehrsinfrastruktur: Was Bürger und Unternehmen schützen soll, wirkt vielfach als Bürde und Bremsklotz – insbesondere dann, wenn es um unsere Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit geht. Die Europäisierung vieler Politikfelder verschärft diesen Effekt. Ergebnis ist ein komplexes Mehrebenensystem, das durch Harmonisierung neue Chancen eröffnet, angesichts vielfältiger Blockademöglichkeiten jedoch politisches Gestalten erschwert und ob intransparenter Entscheidungsverfahren Bürgern wie Unternehmen oft unverständlich bleibt. Nicht zuletzt deshalb trauen sie keiner politischen Kraft mehr die Lösung ihrer Prob-

leme zu. Das Patt zwischen den beiden großen Volksparteien illustriert dies ebenso wie die alarmierend niedrige Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Landtagswahlen.

Ausgleich durch Führung

Doch wie können die etablierten, demokratischen Parteien ihrer fortschreitenden Delegitimierung entgegen wirken? Wie die ökonomische und soziale Krise unseres Landes bewältigen? Gerade einer „großen“ Koalition bieten sich große Chancen, wenn sie die Herausforderung begreift, vor der sie steht. Gefordert ist eine Rückbesinnung auf die Primärfunktion demokratischer Politik: den in Ergebnis (output) und Zustandekommen (input) nachvollziehbaren innergesellschaftlichen Interessenausgleich. Eben dies macht die demokratische zur besten unter allen – notwendiger Weise – mangelhaften Regierungsformen. Aristoteles „Mesotes“-Lehre vom „goldenen Mittelweg“ zwischen den Extremen beschreibt noch immer die Funktionslogik legitimer und erfolgversprechender demokratischer Herrschaft. Diese aristotelische „Vernunft der Mitte“ gilt es wiederzubeleben, im politischen wie im gesellschaftlichen Miteinander. Nur so lässt sich neue Begeisterung für unsere demokratische Ordnung entfachen. Nur ein fairer Interessenausgleich wird Arbeitnehmern und Arbeitgebern jene Zuversicht zurückgeben, ohne die weder ökonomische Dynamik noch politische Stabilität möglich ist. Einzig eine Revitalisierung der politischen Mitte – im Sinne eines am Ganzen orientierten gesellschaftlichen Ausgleichs – verspricht einen tragfähigen Weg aus der gegenwärtigen Krise.

Politik und Gesellschaft zur Vernunft der Mitte zurückzuführen, erfordert indes mehr als den Zwang zur Kooperation in einer „großen“ Koalition. Es bedarf politischer Führung, die zugleich entschlossen für als richtig erkanntes eintritt und die Geduld aufbringt, Andersdenkende für einen Ausgleich gegensätzlicher Werte und Interessen zu gewinnen. Je größer allerdings die Heterogenität einer Gesellschaft, desto größer die Herausforderung für politische Führer. Aktuell, nicht antiquiert sind deshalb die Tugenden politischer Führung, wie sie Max We-

ber im Krisenjahr 1919 formuliert: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß.⁵

Mut, Verantwortung, Augenmaß

Beginnen wir mit Webers Forderung nach „Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit: leidenschaftliche Hingabe an eine Sache“. Unter heutigen Vorzeichen bedeutet jene Leidenschaft vor allem Mut, die Dinge beim Namen zu nennen. Deutschland hat eben nicht nur ein Umsetzungs-, sondern auch ein Erkenntnisdefizit. Quer durch die Gesellschaft fehlt es an Bereitschaft, die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs anzunehmen und eine entschlossene Politik des Umbaus umzusetzen. Besitzstandswahrer, Strukturkonservative, Sozialutopisten und andere Vetospieler blockieren selbst zaghafte Reformversuche. Dennoch: Statt eines (selbst-)betrügerischen „Weiter so!“ ist politischen Führern der Mut abzuverlangen, zu erklären, warum ohne die Bereitschaft zu mehr Einsatz, Flexibilität und Verantwortung soziale Sicherheit immer unsicherer werden muss. Dies erfordert nicht zuletzt den Mut, gegen Widerstände anzugehen – ob bei politischen Gegnern, Interessengruppen, Meinungsmachern oder im eigenen gesellschaftlichen Milieu.

Wer indes in ideologischen Formeln Rückhalt sucht, verspielt jede Chance, die Bevölkerung für ein umfassendes Reformprogramm zu gewinnen. Er opfert die langfristige Aussicht auf Besserung dem kurzfristigen Kalkül von Stimmenfang und Machterhalt. Das Festhalten an wettbewerbsunfähigen Strukturen mit der Verteidigung sozialer Werte zu begründen, ist verantwortungslos. Denn: Nichts ist weniger sozial, als eine Politik, die immer mehr Arbeitslosigkeit hervorbringt und dabei die Lebensgrundlagen der nächsten Generationen verbraucht. Politische Führer müssen ihr Handeln an den Folgen für Staat und Bürger ausrichten, wollen sie verantwortlich handeln. Sie sind, in Webers Worten, gefordert, die „Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache zum entscheidenden Leitstern“ ihres Handelns zu machen. Öffnet sich die Kluft zwischen Wollen und Können, Anspruch und Wirklichkeit allzu weit, geht die Glaubwürdigkeit eines politischen Führers, und damit seine Fähigkeit verloren, zu überzeugen

und Veränderungen zu erreichen. Verantwortungsethisch handelnde Führer dagegen versuchen, den Einzelnen als Gliedern der Gesellschaft mehr Handlungsspielräume zu eröffnen – und so auf Grundlage ihrer Leistungsfähigkeit Solidarität zu erhalten.

Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beim Umbau der Gesellschaft angemessen zu belasten, ist wohl die größte Herausforderung politischer Führung. Entsteht der Eindruck übermäßiger Ungleichbehandlung, gerät mit der Glaubwürdigkeit der politischen Führung auch deren Handlungsfähigkeit ins Wanken. Augenmaß – von Weber verstanden als „Fähigkeit, die Dinge mit innerer Ruhe und Sammlung auf sich wirken zu lassen“, bedeutet heute daher vor allem eines: den politischen, ökonomischen und sozialen Umbau der Gesellschaft mit Gespür für eine gerechte Belastung und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen voranzutreiben. Dabei ist nicht alles ungerecht, worüber Wehklage erklingt. Jede gesellschaftliche Gruppe muss sich angesichts globaler Konkurrenz auf eine neue Verteilungsnormalität einstellen. Jede Mehrbelastung ist jedoch begründungspflichtig, muss erforderlich, geeignet und zumutbar sein. Dient sie im Ergebnis dem proklamierten Reformziel? Taugen Ziel und Mittel, um zumindest mittelfristig die Chancen aller Bürger zu verbessern? Bleiben diese Fragen unbeantwortet, erhebt sich zurecht Widerstand gegen nicht nachvollziehbare und damit auch nicht zustimmungsfähige Forderungen. Wer etwa die verkürzte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes mit beschleunigter Vermittlung in Arbeit begründet, muss diesen Anspruch auch einlösen. Also: Nur ein mit Augenmaß austariertes, in sich stimmiges Umbauprogramm, das allen Gruppen zugleich Beiträge abverlangt und neue Zukunftschancen eröffnet, wird auf Dauer tragende Mehrheiten finden.

Vertrauen durch Werte

Wie aber kann politische Führung Mehrheiten für einen neuen Ausgleich mobilisieren? Angesichts zerfaserter Entscheidungsprozesse und beschränkter Sanktionsmöglichkeiten kann eine Reformmehrheit nur durch politische Führung erreicht werden, die mit Überzeugungskraft jenen Ausgleich herzustellen und für ihn zu werben

weiß. Die Vision einer erneuerten sozialen Marktwirtschaft alleine indes reicht keinesfalls aus, um den Souverän von Reformen zu überzeugen. Mit eben jener Strategie eines Appells an die Vernunft sind die Unionsparteien bei der Bundestagswahl 2005 deutlich gescheitert. In unserer mediatisierten Stimmungsdemokratie kommt es darauf an, komplexe Zusammenhänge sachlich wie emotional nachvollziehbar zu kommunizieren – um so Mehrheiten *für* Reformen zu mobilisieren. Es gilt, Politik so zu gestalten und kommunizieren, dass sie Bürgerinnen und Bürger mit Herz und Verstand gleichermaßen verstehen und gutheißen können. Wer die politische Mitte als Garanten eines fairen Interessenausgleichs revitalisieren will, muss emotional für rationale Reformpolitik werben.

Abstrakte Konzepte, z.B. der Leistungs- und der Verteilungsgerechtigkeit, eignen sich dafür kaum. Vielmehr sind es die christlichen, sozialen und liberalen Werte, deretwegen sich die prägenden politischen Kräfte unserer Demokratie einst bildeten, die Menschen zu begeistern und gewinnen vermögen. Horst Köhler, Erwin Teufel und Alois Glück haben deshalb Recht, wenn sie diese Werte allen – auch und gerade der Politik – abverlangen.⁶ Sie wissen aus Erfahrung, dass trotz eines scharfen politischen Wettbewerbs gerade eine undogmatische, aber werteorientierte Politik Erfolg verspricht. Als rational begründete und zugleich emotional nachvollziehbare Grundlage von Politik eignen sich Werte am besten, um über politische und soziale Grenzen hinweg Verständnis für notwendige Neuerungen und Vertrauen in die Gerechtigkeit von Mehrbelastungen zu schaffen. Politik, die es versteht, durch Werte zugleich Orientierung zu gewinnen und zu geben, ist eine Erfolgsstrategie – für die Bundesrepublik und jede politische Kraft, die sie aus der Krise führen will. Das „Land der Ideen“ braucht eine Politik der Ideen, also Werte.

¹ Vgl. taz, die tageszeitung vom 10. Januar 2005, S. 4.

² Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Wahlmanifest der SPD, Berlin 2005, S. 21.

³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. November 1996, S. 1.

⁴ Vgl. Kenichi Ohmae, *The End of the Nation State: The Rise of Regional Economies*, New York 1995.

⁵ Hier und im Folgenden vgl. Max Weber, *Politik als Beruf*, München 1926, zitiert nach Stuttgart 1992, S. 62.

⁶ Vgl. beispielhaft Alois Glück, *Stark + Solidarisch: Die solidarische Leistungsgesellschaft*, in: Glück/Vogel/Zehetmair (Hrsg.), *Solidarische Leistungsgesellschaft*, Freiburg 2006.